

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 4

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EUROKOMMUNISMUS – WOLF IM SCHAFSPELZ

Europas Linke befindet sich seit Jahren auf einem Vormarsch, der zwar gelegentlich gestoppt wird, aber im ganzen trotz manchen Marschhalten permanent weiterdauert. Nach den zwei Jahrzehnten *konservativer Beharrung* im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg hat die politische Szene neue Dimensionen angenommen. Die Konfrontation zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion wich der *Entspannungspolitik*. Die Dritte Welt mit all ihrer bunten Differenziertheit und erschütternder Problematik etablierte sich als eigenständiger Faktor, der neue Aktivitäten freilegte. China wuchs zu einer dominierenden Weltmacht heran, deren Potential neue Kräfteverlagerungen vorausahnen liess.

Innerhalb dieses schillernden Spektrums hat sich im westlichen Europa eine neue politische Kraft herauszubilden begonnen, der *Eurokommunismus*. Je mehr Moskaus Monopolanspruch gegenüber den kommunistischen «Bruderparteien» schwand, desto stärker mussten diese an Bewegungsfreiheit und nationalem Profil gewinnen. Die Auflösung der Diktaturen auf der Iberischen Halbinsel und die Zulassung von Parteien verschiedenster Richtungen in Spanien und Portugal hat die Basis des westeuropäischen Kommunismus verstärkt. Mehr und mehr gebärdet er sich als eigenständige Kraft, unabhängig von irgendwelchen ideologischen Kraftzentren, ausgerichtet auf die unmittelbaren Probleme des Tages und – vor allem – national drapiert.

Formen sich hier *neue politische Leitbilder*? Die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind zu verschieden, um alle über einen Kamm zu scheren. Italiens KP unterscheidet sich in manchen Belangen von jener Frankreichs. Was jedoch allen gemeinsam bleibt, wo immer sie operieren, ist ihr grundsätzliches Bekenntnis zu einer Ideologie, die dem freiheitlichen Streben des Menschen feindlich gesinnt ist. Der Kommunismus mag seine Taktik wandeln, sich von Moskau oder irgendwelchen andern roten Brennpunkten distanzieren und seine nationale Eigenständigkeit behaupten – er bleibt trotzdem letztlich verpflichtet auf ein Programm des *Kollektivismus*, in welchem Individualität und Eigenständigkeit nur einen untergeordneten Platz einnehmen. Schlagworte wie die «Diktatur des Proletariates» mögen aus dem offiziellen Vokabular verschwinden, Lippenbekenntnisse zugunsten eines weit gefächerten Pluralismus mögen laut ertönen. Das alles jedoch vermag nicht zu überzeugen, dass es dem Kommunismus, gleichgültig welcher Spielart, doch schliesslich vor allem darum geht, die auf dem Boden Westeuropas gewachsenen demokratischen Formen eigener Entwicklung zu zerstören und sie zu ersetzen durch ein System *autoritärer Parteiherrschaft*. Die Folgen einer solchen Entwicklung lassen sich am Beispiel Osteuropas in den Jahren zwischen 1945 und 1948 leicht ausmalen. Freiheit und Demokratie westlicher Prägung sind ein Gut, das schwer er-

worben wird, leicht verlorengehen kann und dann wiederum nur schwer zurückzugewinnen ist.

Alle diese Bewegungen auf der Linken Westeuropas können zudem nicht isoliert genommen werden. Der alte Kontinent ist, durch seine geographische Lage bedingt, nur ein Anhängsel der grossen Landmasse *Asiens*, deren nördlicher Gürtel von der Sowjetunion dominiert wird. Auch heute noch, im Zeichen der Gegensätze und des Konfliktes mit Peking, lastet die sowjetische Präsenz schwer auf *Westeuropa*. Das Ziel der Kreml-Machthaber mag es vielleicht nicht sein, hier direkt ihren Stiefel draufzusetzen, aber eine Immobilisierung der unabhängigen Kräfte Europas liegt nach wie vor im Interesse der Sowjetunion. Ihre Truppen stehen seit 1945 auf einer Linie im Herzen Europas, welche die Kontrolle über den halben Kontinent erlaubt. Wenn auf der westlichen Seite dieser Demarkation, die man einst den «Eisernen Vorhang» nannte, politische Parteien am Werk sind, welche die Auflösung der freiheitlichen Grundordnung betreiben und sie durch ein neues System zu ersetzen suchen, so können diese Bewegungen nichts tun, ohne au-

tomatisch Reaktionen im östlichen Machtzentrum auszulösen. Angesichts der politischen Schwäche Westeuropas wird jede Partei, die den Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse auf ihre Fahne geschrieben hat, indirekt zum Parteigänger der eurasiatischen Supermacht.

Dass diese aber nicht gewillt ist, auch nur den kleinsten Schritt zu einer Annäherung zu machen, hat der Verlauf der jüngsten Phase der KSZE in *Belgrad* gezeigt. Das *Menschenrecht* westlicher Auffassung ist dort verpönt, wo die kommunistische Ideologie herrscht; der Einzelne zählt nicht, Staats- und Parteiallmacht alles. Dem Sog dieses Kräftezentrums aber kann sich keine eurokommunistische Partei entziehen, gleichgültig, was sie in ihrem Land den Anhängern und Wählern erzählen mag. Damit aber macht sich auch der Eurokommunismus zwangsläufig zum Wegbereiter des Untergangs der Freiheit, wie sie in Westeuropa verstanden wird. Der Wolf des Totalitarismus wird nicht zahmer, wenn er sich in den Schafspelz beruhigender pseudodemokratischer Phrasen hüllt.

Alfred Cattani

PARLAMENT IN DER SACKGASSE?

Die Sondersessionen der Bundesversammlung beginnen sich zu häufen. Nachdem National- und Ständerat schon im Januar ausser der Reihe zusammengekommen waren, sind sie nun bereits wieder für eine Zusatztagung im April aufgeboden. Und von prominen-

ter Seite wird die Anregung gemacht, es seien künftig regelmässig monatliche Sessionen einzuführen. Immer gebieterischer scheint sich damit die Frage zu stellen, ob nicht doch die Schaffung eines Berufsparlaments die sauberste Lösung wäre. Doch gerade die direkt

Betroffenen, die Parlamentarier, beurteilen die Situation offensichtlich anders. Laut einer Umfrage, die von der Zeitschrift «Der Staatsbürger» (Nr. 1/1978) unter den Angehörigen der Bundesversammlung durchgeführt (und nur etwa von einem Drittel der Befragten beantwortet) wurde, ist eine grosse Mehrheit nach wie vor der Meinung, ein Berufsparlament komme für unser Land auch langfristig nicht in Frage. Nationalrat Akeret, Präsident der Eidgenössischen Studienkommission «Zukunft des Parlaments», seinerseits unterstreicht dieses Resultat mit dem Hinweis, dass seine Arbeitsgruppe das Problem des Milizsystems nicht als zentral betrachte, sondern mit einem ganzen Bündel von Einzelvorschlägen versuche, die Effizienz des Parlaments ohne Systemwechsel zu steigern.

Interessant ist an der ganzen, nun schon Jahrzehnte dauernden Diskussion, dass sich fast sämtliche Parlamente der westlichen Welt einig sind im Urteil, wonach ihre Stellung gegenüber den Exekutiven zu schwach sei und ihre Wirkung als Organ der Oberaufsicht zu wünschen übrig lasse, dass sie aber ebenso sehr fast ohne Ausnahme vor wirklich tiefgreifenden Massnahmen zurückschrecken. Wenn auf der einen Seite die eidgenössischen Parlamentarier im Verhältnis von sieben zu eins der Meinung sind, dass «das Parlament gegenüber Regierung und Verwaltung gestärkt» werden müsse, so kommt man auf der andern Seite nicht um den Eindruck herum, dass sich allzu viele Parlamentarier in dieser offen erklärten relativen Schwäche relativ wohl fühlen.

Erwin Akeret hat sicherlich nicht un-

recht, wenn er sagt, dass von spektakulären Massnahmen nichts zu erwarten sei, sondern dass es sich bei der Parlamentsreform vielmehr um eine ständige Aufgabe handle. Doch diese «ständige Aufgabe» verliert im steten Zeitdruck unablässiger Geschäftigkeit immer wieder an der notwendigen Schärfe der Konturen. Noch so wohlüberlegte und ausgewogene Reformvorschläge werden stets aufs neue von der Routine des parlamentarischen Alltags unterlaufen – nicht vorsätzlich, sondern weil es an der Kraft fehlt, «neben allem anderen» auch dieses Problem noch zu lösen. Und falls trotzdem Unbehagen aufstossen, so lassen sie sich leicht mit der Rechtfertigung vor sich selbst beschwichtigen, es laufe ja eigentlich trotz allem nicht allzu schlecht (und jedenfalls immer noch besser als anderswo).

Doch damit dürfte es langfristig kaum sein Bewenden haben. Zu gross ist in unserer komplexen Industriegesellschaft die Gefahr, dass sich die politisch bedingten Pannen häufen und damit auch die Abwertung der «classe politique» ihren Fortgang nimmt. Mit andern Worten: Der Bedarf an regelmässig wiederkehrenden Analysen und «Schärfungen des Problembewusstseins» ist zwar ausreichend gedeckt, so ausreichend, dass wir uns in dem Problemkreis längst wohnlich eingerichtet haben. Was fehlt, sind simple Taten. Und für diese Taten gibt es keine Delegationsmöglichkeit an Expertenkommissionen; die Parlamentarier müssen sie schon selbst vollbringen.

Richard Reich

DER TRUGSCHLUSS DER LOHN-KONSUM-THEORIE

Es gibt in der Nationalökonomie einen Typ von vordergründig plausibler Argumentation, der sich, wenn die Sonde tiefer angesetzt wird, als falsch erweist. Solche Thesen haben dann ein langes und zähes Leben, wenn sie sich in der wirtschaftspolitischen Aktualität festzusetzen vermögen, wenn mit ihnen spezifische Interessen untermauert werden können. Zu dieser Art vordergründiger Argumentation gehört die Kaufkrafttheorie des Lohnes, die Auffassung also, dass mit Lohnerhöhungen die konjunkturelle Entwicklung angekurbelt werden könnte: Lohnerhöhungen stimulieren die Konsumgüternachfrage; erhöhte Konsumgüternachfrage dynamisiert die Konsumgüterproduktion und diese wiederum strahlt einen positiven Impuls auf die Investitionsgüternachfrage aus; die wirtschaftliche Entwicklung beginnt sich zu beleben; der Beschäftigungsgrad steigt.

Wer mit einiger Aufmerksamkeit in die wirtschaftspolitischen Diskussionen unseres nördlichen Nachbarn hineinhorcht, kann die Wirksamkeit dieser These sehr deutlich verfolgen. Auch in der Schweiz wird sie immer wieder vorgetragen. Die Frage stellt sich mithin, ob auf die Kaufkrafttheorie des Lohnes Verlass ist.

Eines fällt auf den ersten Blick auf: Wäre es so einfach, die konjunkturellen Motoren wieder auf Touren zu bringen, dieser Weg wäre wohl längst beschritten worden. Und dies um so mehr, als damit ja auch die Einkommensbezüger beglückt werden könnten. Leider aber präsentiert sich die wirtschaftliche Beziehungskette, die von Lohnerhöhungen in einer Phase der Rezession in Be-

wegung gesetzt wird, etwas komplizierter, als es die naive Kaufkrafttheorie darstellt. Erstens einmal wäre ins Bild zu setzen, dass sich Lohnerhöhungen nicht integral in potentielle Kaufkraft übersetzen. Die Differenz zwischen dem Bruttolohn und dem Nettolohn entspricht den Sozial- und Steuerabzügen; in der Regel wird der Einkommensbezüger von der Nettolohnerhöhung noch einen bestimmten Betrag sparen. Und vom Rest, der für Konsumzwecke ausgegeben wird, wandert erst noch ein bestimmter Teil in Importgüter, kommt also der Binnenwirtschaft nicht zugute. Berechnungen für die Bundesrepublik Deutschland haben ergeben, dass von einer Bruttolohnerhöhung von 100 DM noch 41 DM als Nachfrage in den Binnenkonsum fließen.

Ein zweites kommt dazu. Löhne und Gehälter – Einkommen ganz allgemein – verkörpern nicht nur potentielle Nachfrage, sondern haben auf der Unternehmensseite auch eine Kostenwirkung, die grösser ist als die Bruttolohnerhöhung, weil die Unternehmen auf den Löhnen auch Sozialabgaben zu entrichten haben. Einkommen sind ja immer Entgelte für die Inanspruchnahme von Produktionsfaktoren. Die Erhöhung der Produktionskosten kann grundsätzlich zwei Wirkungen auslösen: Entweder werden sie, wenn dies der Markt erlaubt, auf die Preise überwälzt, induzieren also Preiserhöhungen, die die gestiegene Kaufkraft auf der Einkommensseite partiell wieder eindampfen; oder sie führen zu einer Komprimierung der Erträge, drücken mithin auf die Ertragsaussichten und

können die Wettbewerbslage eines Unternehmens in einem durchaus spürbaren Masse beeinträchtigen. Tritt dieser Effekt ein, so verschlechtern überzogene Lohnerhöhungen die Beschäftigungsaussichten. Es entsteht keine Konjunkturstimulierung, sondern im Gegenteil eine Konjunkturdämpfung. Es gibt zahlreiche empirische Untersuchungen, die belegen, dass die Kostenwirkung von überzogenen Lohnerhöhungen restriktiv wirken.

Die Schweiz hat momentan alles Interesse daran, ihre Produktionskostenentwicklung unter Kontrolle zu halten. Nachdem es gelungen ist, weitgehende Preisstabilität wiederherzustellen, hat sie auch eine gute Chance, durch eine im internationalen Vergleich unterpro-

portionale Produktionskostenentwicklung das Handicap der realen Kurssteigerung des Schweizer Frankens nicht nur zu kompensieren, sondern in Phasen relativ stabiler Wechselkurse sogar ihre internationale Wettbewerbskraft zu stärken. Eine moderierte Lohnpolitik trägt deshalb momentan nicht wenig zur positiven Beeinflussung der Beschäftigungslage bei. Die Zurückhaltung der Gewerkschaften in der Lohnpolitik, dies verdient hervorgehoben zu werden, ist denn auch als eine entscheidende Voraussetzung dafür zu betrachten, dass die Wirtschaftslage unseres Landes vergleichsweise als gut bezeichnet werden darf.

Willy Linder

Die «Winterthur» bringt gerne Ordnung in Ihre Versicherungen; sie hilft Ihnen durch sachkundige Beratung Ihr Einkommen und Ihr Vermögen sicherstellen. Auch die Sachwerte (Hausrat, Gebäude, Maschinen, Motorfahrzeuge usw.).

Denn: **«Winterthur» bedeutet
Gesamtberatung
in allen Versicherungsfragen**

Wirklich in allen!
Für Sie als Privatperson,
für Ihre Familie,
für Unternehmen jeder Grösse.
So müssen Sie sich zum
Beispiel nicht mehr überlegen,
welche Versicherung für
welchen Schaden aufkommt.

